

Frage des Tages

Ist es richtig, dass der Grosse Rat Topverdiener nicht belasten will?

Das Basler Parlament will eine Initiative der Juso zur Erhöhung der Einkommenssteuer nicht unterstützen (Seite 23). www.baz.ch

Das Ergebnis der Frage von gestern:

Macht ein vierspuriger Autobahnring für Basel Sinn?



Eine Autobahn quer durch die SP

Der rot-grün dominierte Regierungsrat will einen Westring bauen – die eigenen Leute sind empört

Von Nina Jecker

Basel. Die Stimme des oft so kämpferischen SP-Nationalrats Beat Jans klang gestern etwas matt. Er sei irritiert, sagt er. Und enttäuscht. Von den Plänen des Bundes. Vor allem aber von den eigenen Regierungsräten. Mindestens einer der Rot-Grünen in der Basler Exekutive hat Ja gesagt zum Westring, einem Autobahnstück, das zusammen mit dem im Osten geplanten Rheintunnel die Stadt Basel umschliessen und vom Transitverkehr befreien soll. Ohne mindestens eine Stimme von links hätte die bürgerliche Minderheit im Regierungsrat das Anliegen nicht durchbringen können. Das Strassennetz für den motorisierten Individualverkehr weiter auszubauen, sei jedoch weder fortschrittlich noch zukunftsfähig, kritisiert Jans. «Das ist nicht der richtige Weg für eine rot-grüne Regierung.»

Viele andere Parteimitglieder teilen seinen Ärger. Eigentlich alle, so scheint es, wenn man sich umhört. Zielscheibe ist Bau- und Verkehrsdirektor Hans-Peter Wessels, der am Dienstag das gigantische Projekt zusammen mit der Baselbieter Regierungsrätin Sabine Pegoraro und Vertretern des Bundesamts für Strassen (Astra) vorgestellt hat. Bereits bei anderen Gelegenheiten

hatte Wessels gesagt, die Prüfung einer Westtangente mache Sinn. Der erfahrene Verkehrspolitiker und SP-Grossrat Jörg Vitelli kann dennoch kaum glauben, was am Dienstagabend verkündet wurde. «Diese Strategie führt mit Vollgas zurück in die 60er», sagt er.

«Im Hintergrund abgewickelt»

Gewusst haben er und die anderen Mitglieder der SP-Fraktion bis kurz vor der Medienkonferenz am Dienstagabend nichts von der Bombe, die gleich platzen würde. Irgendwann am Nachmittag erreichte sie eine mit Sperrfrist versehene Medienmitteilung aus dem Bau- und Verkehrsdepartement. «Hans-Peter Wessels hält es ja nicht für nötig, uns vorgängig über solche Ankündigungen in Kenntnis zu setzen», sagt Vitelli sarkastisch. Der Verkehrsdirektor habe es zudem schon immer verstanden, Dinge, die dem Parteiwillen widersprechen, «im Hintergrund abzuwickeln». Die Abstimmung im Grossen Rat zum Gundelitunnel dieses Jahr habe gezeigt, dass die SP keine Westtangente wolle.

Gerade fühle er sich an die Zeit der Planung der Osttangente erinnert, sagt Vitelli, als der Sozialdemokrat und Bau- und Verkehrsdirektor Max Wullschlegler dieses Projekt vorantrieb. «Gegen den Willen und hinter dem Rücken seiner

Partei», wie Vitelli sagt. Jetzt habe man erneut einen Baudirektor, der «mit Verve» Autobahnen und Parkhäuser bauen möchte.

Kaspar Sutter dürfte als Grossrat in seiner ersten Legislatur den Osttangente-Ärger zwar nicht ganz so präsent haben, den aktuellen kritisiert er aber

deutlich: «Das Herzstück für den öffentlichen Verkehr nicht finanzieren, dafür aber ganz viele Autobahntunnels bauen», twittert er. Und fügt entschlossen an: «Nicht mit uns.» Auch sein Rats- und Parteikollege Stephan Luethi-Brüderlin hat bereits der *BaZ* gesagt, dass hier «viel Geld am falschen Ort aus-

gegeben wird.» «Sehr skeptisch» ist die Basler SP-Ständerätin Anita Fetz. Obwohl sie nicht reflexartig Nein sagen wolle zu Projekten, die dem motorisierten Individualverkehr zugutekommen. Sie ist aber der Meinung, dass klare Prioritäten gesetzt werden müssten – im Idealfall zugunsten des öffentlichen Verkehrs. «Zuerst kommt das Herzstück, dann der versprochene Rheintunnel und dann kann man allenfalls auch im Westen planen», sagt Fetz. In dieser Version komme das Ganze aber schon «ziemlich überdimensioniert» daher.

Kein Konsens bei den Reaktionen

Basel/Liestal. Überraschend haben sich gestern nur wenige Parteien und Verbände verbindlich zu den vom Bund und den Kantonsregierungen bekannt gemachten Plänen für die künftigen Hochleistungsstrassen geäussert. Klar gegen einen künftigen Westring sind bereits heute die SP der beiden Kantone und die Grünen der beiden Kantone. Für die SP laufen Autobahnen dem Klimaziel entgegen «und verlagern den Verkehr von der Schiene auf die Strasse». Die SP erhofft sich von der Realisierung des Herzstücks der S-Bahn, dass es die Verkehrsprobleme löst. Der Rheintunnel wird von der SP unterstützt, wenn oberirdische Begleitmassnahmen umgesetzt werden. Nach Ansicht der Grünen sind die Kapazitätserweiterungen «ein Mittel des letzten Jahrhunderts, das immer Stau

hervorgebracht hat». Die Grünen sind «für eine Siedlungsentwicklung nach innen, die Mobilität vermeidet». Der Verkehrsclub der Schweiz (VCS) schreibt: «Es gibt weltweit keine einzige Agglomeration, die mit Strassenbau ihre Verkehrsprobleme gelöst hätte.» Gegenteiler Ansicht ist die Handelskammer beider Basel (HKBB). Sie schreibt, dass die beiden Kantone «endlich» eine gemeinsame Perspektive für den Ausbau des Hochleistungsstrassennetzes erarbeitet und mit dem Bund abgestimmt haben. «Die Wirtschaft der Region steht deshalb hinter den vorgelegten Plänen.» Die IG Umfahrungsstrasse Allschwil nimmt die Diskussionen um einen Westring «wohlwollend zur Kenntnis», betont aber die Wichtigkeit des Zubringers Bachgraben. td

SP will korrigierend eingreifen

Eine Planung sei ausserdem auch eine Frage der Finanzen. «Nur weil der Bund etwas unterstützt, heisst das keineswegs, dass es für uns gratis ist», sagt sie und lacht.

Vielen anderen in der SP Basel-Stadt ist momentan nicht mehr zum Lachen zumute. Präsident Pascal Pfister: «Wir sind gegen die Pläne. Es entspricht nicht dem, was wir den Wählern versprochen haben, und wir werden uns dagegen wehren.» Will also die Partei dort zu korrigieren versuchen, wo die eigenen Regierungsräte falsch liegen? Pfister präzisiert: «Ja. Dort, wo Regierungsrat Wessels und der Gesamtregierungsrat falsch liegen.»

Die kurzfristigen und die langfristigen Pläne der Regierungen

Der Bund und die beiden Basel sind sich über die anstehenden Ausbauten einig – und planen für später zusätzlich einen Westring

Von Thomas Dähler

Basel/Liestal. Die Wohnbevölkerung nimmt zu, die Anzahl Arbeitsplätze steigt an, beim Pendlerverkehr droht immer häufiger ein totaler Stillstand: Am Dienstagabend haben die Vertreter der beiden Kantonsregierungen und das Bundesamt für Strassen (Astra) ihre Zukunftsvorstellungen für das übergeordnete Strassennetz für die Region Basel präsentiert. Sabine Pegoraro (BL), Hans-Peter Wessels (BS) und Astra-Direktor Jürg Röhli stellten die unmittelbar anstehenden Ausbaupläne für die Autobahnen A2 und A3 mit dem Zeithorizont 2030 sowie die Langfristperspektive für die nachfolgende Zeit vor.

Am Tag danach lässt sich bilanzieren, dass sich die Regierungen und der Bund erstmals auf eine gemeinsame Strategie geeinigt haben. Überraschend, denn dass die Meinungen in der Bevölkerung in Baselland und Basel-Stadt auseinandergehen, ist längst klar; die Regierungen müssen entsprechend mit Widerstand rechnen. Am lautesten war am gestrigen Folgetag der Protest gegen die Zukunftspläne für die Mitte des Jahrhunderts – für jenen Teil also, bei dem sich die Regierungen und das Astra



Nadelöhr vor Basel. Am dringlichsten ist für beide Regierungen der Rheintunnel, der die Autobahn A2 und die Kantonsstrassen entlasten wird. Foto Keystone

auf eine Absichtserklärung einigten: die angekündigten Überlegungen zu einem langfristig zu realisierenden Autobahn-Westring. In Anbetracht des Umstands, dass der Anteil der Strasse beim Pendlerverkehr 75 Prozent beträgt, ist es unrealistisch, ausschliesslich auf einen

Ausbau des öffentlichen Verkehrs zu setzen.

Die Perspektive einer künftigen vierspurigen Autobahn zwischen Basel-EuroAirport und Basel-City betrifft die Zeit nach 2030. Kurzfristig hat sie lediglich zur Folge, dass die heutigen

Projekte in diesem Perimeter sistiert werden. Keine Option mehr ist der einst beschlossene Gundelitunnel als isolierter Zubringer zur A2. Auch die Pläne für eine Schnellstrasse, die den Zubringer Bachgraben bis vor die Tore des Neubad-Quartiers verlängert, werden nicht weiterverfolgt – dank des Neins bei der Elba-Abstimmung wurde der Projektkredit dafür nie gesprochen.

Der Autobahn-Westring

Im Kanton Baselland gibt es immerhin eine gesetzliche Grundlage für eine Westtangente: «Zur Entlastung von über grossem Strassenverkehr plant, projektiert und baut der Kanton die Umfahrung der Gemeinde Allschwil mit besonderer Dringlichkeit», heisst es im Baselbieter Strassengesetz. Sie muss «als Teil des kantonalen oder nationalen Strassennetzes (Hochleistungsstrasse, Hauptverkehrsstrasse) betrieben werden». In Basel-Stadt wurde ein Vorstoss im Grossen Rat abgelehnt, mit dem der Regierung hätte verboten werden sollen, weitere Überlegungen zu einem Gundelitunnel anzustellen.

Der Auftrag der beiden Regierungen an das Astra, die Arbeiten für einen künftigen Westring aufzunehmen, steht entsprechend in keinem Widerspruch

zu bisherigen Beschlüssen. Noch völlig offen sind die Linienführungen und die Kosten – für Letztere wird der Bund im Rahmen der Nationalstrassen-Gesetzgebung aufkommen müssen.

Rheintunnel und A2-Ausbau

Die übrigen Regierungsbeschlüsse betreffen die kurzfristigen Pläne für einen Ausbau der Hochleistungsstrassen. Oberste Priorität hat für die Regierungen der Rheintunnel, der bereits Ende nächsten Jahres die Bewilligung der Landesregierung erhalten soll. Realisiert werden soll ein Tunnel, der östlich von Birsfelden von der bestehenden Autobahn abzweigt und in Kleinhüningen in die Nordtangente mündet, mit Abzweigungen in Richtung Deutschland. Beantragt wird, den Ausbau der A2 Augst-Hagnau schneller zu realisieren, damit dieser gleichzeitig wie der Rheintunnel betriebsbereit wird.

Einig sind sich die beiden Basel auch beim Zubringer Bachgraben, der als kantonale Stichstrasse Allschwil an die A3 und an die französische A35 anschliessen soll. Offen ist, ob die Strasse unterirdisch auf städtischem Gebiet geführt werden soll oder auf französischem Boden verläuft.

Messerstecher muss sich Therapie unterziehen

Strafgericht spricht Brasilianer vom Tatbestand des Mordes frei und verordnet stationäre Massnahme

Von Martin Regenass

Basel. «Wir empfehlen, den Täter in einer geschlossenen Einrichtung unterzubringen.» Diese Worte richtete Strafgerichtspräsident Roland Strauss (LDP) gestern während der Urteilsverkündung zum Tötungsdelikt des Obdachlosen bei der Dreirosenbrücke an die Anwesenden in Saal. Strauss betonte aber, dass es sich dabei lediglich um eine «Empfehlung» handle. Mit anderen Worten, die zuständigen Behörden können den Messerstecher aus Brasilien auch in einer halb offenen Therapie unterbringen. Strauss warnte: «Wie wir den Angeklagten während des Prozesses erlebt haben, bestehen bei ihm Wahnvorstellungen. Er ist unberechenbar und das Risiko besteht, dass er weitere schwere Straftaten begeht.»

Von der Verurteilung wegen Mords, wie es die Staatsanwaltschaft forderte,

sprach das Gericht den 22-Jährigen frei. Es kam zum Schluss, dass es sich um eine vorsätzliche Tötung gehandelt habe, weil der Südamerikaner bei der Tatausübung nicht «besonders skrupellos» vorgegangen sei. Den Vorsatz, den obdachlosen Mann zu töten, habe der Angeklagte Stunden vor der Tat in jener Nacht des 21. Dezembers 2017 getroffen. Während des Prozesses sagte der junge Mann, dass er beim Lesen der Bibel von Gott dazu angewiesen worden sei, den Obdachlosen zu töten.

Gericht stützt auf Gutachten ab

Eine Verurteilung zu einer Gefängnisstrafe wegen vorsätzlicher Tötung wird nun ausser Kraft gesetzt, weil das Gericht den Mann nicht als schuldfähig erachtet. Zu diesem Schluss kamen die Richter aufgrund eines forensisch-psychiatrischen Gutachtens. Dieses attestiert dem Täter eine paranoide

Schizophrenie und eine Abhängigkeit von Cannabis. Der Gutachter kam zum Schluss, dass er in seiner Einsichts- und Steuerungsfähigkeit beeinträchtigt sein kann. «Diese Beeinträchtigung lag gemäss dem Gutachter bei der Tötung und dem Angriff auf den Wärter im Waaghof vor», sagte Strauss.

Bei letzterem Delikt traktierte der Angeklagte kurz nach seiner Verhaftung einen Gefängnisaufseher am Stephans-tag mit einem Brustkick und einem Faustschlag ins Gesicht. Da die Schuldunfähigkeit gemäss des Gutachtens auch in diesem Fall vorliegt, sprach das Gericht den Angeklagten vom Tatbestand der Körperverletzung frei. «Das Gutachten ist vollständig, logisch und in sich widerspruchsfrei. Daher kann man darauf abstellen», sagte Strauss.

Verurteilt hingegen wurde der Mann wegen eines Einbruchs in einen Quartierladen und wegen Konsums von

Marihuana. Hier sah das Gericht keine Steuerungsunfähigkeit. Insgesamt erhielt der Brasilianer eine bedingte Freiheitsstrafe von 90 Tagen mit einer Probezeit von zwei Jahren.

Sollte der Mann dereinst erfolgreich therapiert werden und seine Krankheit überwinden, muss er danach umgehend die Schweiz für fünf Jahre verlassen. Der Landesverweis ist gemäss Strauss wegen des Einbruchdelikts in den Quartierladen und eines Diebstahlversuchs in einem Restaurant sowie Hausfriedensbruchs rechtmässig. Strauss hielt dazu fest: «Der Angeklagte hat während 17 Jahren und damit den grössten Teil seines Lebens in Brasilien gelebt. Er ist in der Schweiz nicht integriert, hat keine Arbeit und ist der hiesigen Sprache nicht wirklich mächtig.»

Der Verurteilte tötete den Obdachlosen kurz vor Weihnachten 2017 mit einem Messerstich in die Brust.

ANZEIGE

nackt!
Die Kunst der Blösse
26.10.2018 – 28.4.2019

www.antikenmuseumbasel.ch